

## Protokolleintrag vom 26.10.2005

2005/425

**Postulat von Anja Recher (AL) und 10 M. vom 26.10.2005:**

**Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), demokratische Kontrolle und Mitsprache**

Von Anja Recher (AL) und 10 M. ist am 26.10.2005 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er beim Bund als Vertreter der grössten Gemeinde Einfluss nehmen kann, dass die demokratische Kontrolle und Mitsprache durch die Kantone und Gemeinden bei allen von den GATS-Verhandlungen betroffenen Bereichen gewährleistet wird, dass sämtliche Verhandlungspunkte offengelegt werden und dass sich der Bund für einen Ausschluss der öffentlichen Dienste aus den WTO-Verhandlungen einsetzt. Des Weiteren soll die Stadt Zürich zur „GATS-freien Zone“ erklärt werden.

Begründung:

Das „general agreement on trade in services“ (GATS), zu Deutsch „Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ regelt für alle WTO Länder die Vergabe von Dienstleistungen. Einmal vom Bund unterzeichnet, ist es subsidiär auch für alle Kantone und Gemeinden verpflichtend – ohne dass diese vorgängig über die in die Verhandlungen eingegebenen Bereiche vollumfänglich informiert wurden. Zwar hat das seco nach eigenen Angaben bei öffentlichen Dienstleistungen keine Begehren gestellt und keine Angebote gemacht. Es ist jedoch bekannt, dass z. B. die USA im Bereich Bildung und die EU im Bereich Wasserversorgung Liberalisierungsbegehren gestellt haben. Überdies steht zurzeit ein Freihandelsabkommen mit den USA zur Diskussion.

Dienstleistungsbereiche, die ins GATS eingegeben wurden, kann die Gemeinde nicht mehr nach ihren eigenen Kriterien vergeben, sondern hat nach den Spielregeln des GATS zu verfahren. Von dem Abkommen betroffen sind alle Grundbedürfnisse, so z B auch Wasserversorgung, Bildung, Landwirtschaft oder Gesundheit. Diese lebenswichtigen Bereiche gehören nicht in fremde Hände, nicht auf den freien internationalen Markt, sondern unter lokalpolitische Kontrolle.

Sowohl weltweit als auch national haben sich bereits unzählige Gemeinden zu „GATS-freien Zonen“ erklärt. Nachdem über 40 Gemeinden der Schweiz auf diese Weise bereits ihren Protest gegenüber dem Abkommen zum Ausdruck gebracht haben, soll sich auch Zürich als grösste Stadt für die Sicherung der Gemeindeautonomie bei Entscheiden, die den service public betreffen, auf diese Weise einsetzen.